

Allgemeiner Anzeiger

Tageblatt für das Völkme- und Ennepegebiet

Verbreitungsbezirk: Halver, Oberbrügge, Brügge, Schalksmühle, Dahlebrück, Rönshahl, Kierspe, Kierspe-Vhf., Bollwerk, Völkme, Lüdenscheid, Meinerzhagen, Balbert, Ohl, Kupferberg, Radevormwald, Breckerfeld usw.

Druck und Verlag: Wilt. Bell jr., Halver.

Fernsprecher Nr. 42, Amt Halver.

Telegramm-Adresse: Anzeiger Halver.

Nr. 67

Anzeigenpreis: für 1 mm Höhe, (34 mm breit) 6 Goldpfennig, für Verhören, Finanzanzeigen und auswärtige Anzeigen 10 Goldpfennig, Restante 40 Goldpfennig, — Offertgebühren 10 Goldpfennig und Porto. —

Halver

Freitag, den 20. März

Erscheint wöchentlich 6 mal.

Gratisbeilagen: „Zeitgeschehen im Wochenbild“, „Des Landmanns Sonntagsblatt“ und „Herb und Scholle“.

1925

Kleine Zeitung für eilige Leser.

* Die Reichsregierung bringt einen Gesetzentwurf ein zur Verlängerung der 3. Steuernotverordnung bis zum 30. Juni 1925.

* Zum Vizepräsidenten der Vereinigten Staaten in Berlin ist der bisherige amerikanische Gesandte in Peking Schurman ernannt worden.

* Polizeipräsident Runge in Halle ist vom Dienste suspendiert worden. Es stellte sich heraus, daß er das Verbot der Reden von Ausländern, wodurch die Vorfälle in der Kommunistenversammlung entstanden, unberechtigt erlassen hat.

* Nach Neutermeldungen nimmt Rußland starke Mobilisierungen gegen Rumänien vor.

Die Zukunft unserer Schule.

Ist schon die Behandlung rein politischer Fragen in unseren Parlamenten oft übertrieben schwierig, weil „weltanschauliche Grundzüge“ dabei oft eine große Rolle spielen, so werden die Schwierigkeiten fast unüberwindbar, wenn nun wirklich weltanschauliche Fragen erörtert und entschieden werden sollen. Das ist wohl am meisten der Fall bei Behandlung von Schulfragen.

Bekanntlich haben wir die allgemeine Grundschule, die alle Kinder, gleichgültig, welchen Ranges und Standes die Eltern sind, nun zu besuchen haben, und zwar mindestens vier Jahre hindurch. Ihre Einführung erfolgte unter Abschaffung der Vorschule an höheren Schulen, und zwar aus einem gewissen Uniformierungsstreben heraus, das die junge deutsche Demokratie weltanschauungsgemäß entwickelte, auch aus der richtigen Überlegung heraus, daß der Geldbeutel der Eltern allein nicht über die Aus- und Fortbildungsmöglichkeit der Kinder entscheiden dürfe. Bloß ist man dabei stehen geblieben, weil ja das weitere Fortkommen bzw. der weitere Schulbesuch der Kinder doch wieder ganz entscheidend von diesem Geldbeutel abhängig ist und es bleibt, auch wenn etwa, gewissen Wünschen entsprechend, die Befreiung von allen Kosten des Schulbesuches herbeigeführt werden sollte. Diesen Überlegungen und Absichten gegenüber steht aber das Elternrecht als ein natürliches Recht, die Kinder in einer von den Eltern zu bestimmenden Form erziehen zu lassen, wobei der Staat nur für die Durchführung der „Schulpflicht“ zu sorgen, entsprechende Schulmöglichkeiten zur Verfügung zu stellen hätte, wobei das Schulmonopol der Grundschule vielfach verworfen wird mit der Begründung, daß es für die höheren Schulen eine derartige monopolistische Uniformierung fast mit jedem Tage weniger gibt.

Im Unterrichtsministerium des Preussischen Landtages wollte ein deutschnationaler Antrag begabten Grundschulern die Möglichkeit geben, schon nach drei Jahren auf eine Mittel- oder höhere Schule überzugehen. Einige deutschvölkische Redner sprachen sich für grundsätzliche Regelung der Frage aus. Von sozialistischer Seite protestierte man gegen die Verfürgung der Grundschule. Schließlich fand Annahme der Zentrumsantrag, das Staatsministerium zu ersuchen, zu veranlassen, daß zu Ostern 1925 die Möglichkeit geboten werde, daß geistig und körperlich besonders leistungsfähige Kinder nach dreijährigem Grundschulbesuch zur Aufnahmeprüfung für eine mittlere oder höhere Schule zugelassen werden.

Ein fast gleichlautender Antrag ist im Bildungsausschuß des Reichstages vor einigen Tagen angenommen worden. Die neue Regelung soll zum 1. April schon in Mecklenburg und den drei süddeutschen Staaten durchgeführt werden, und wahrscheinlich werden andere deutsche Länder folgen.

Man wird das billigen; es entspricht übrigens Verhältnissen, wie sie schon früher vorhanden waren. Dabei ist aber, wenn wir nun schon einmal die vierjährige Grundschulpflicht haben, der stärkste Ton auf die „begabten“ Grundschüler zu legen, um nicht soziale Unzufriedenheiten zu erzeugen.

Denn Streit genug um den Charakter der Grundschule wird es wohl in absehbarer Zeit mehr nie genug geben. Wenn wir oben von einer „Uniformierung“ sprachen, so bezog sich das nur auf die soziale Seite; ganz anders liegen bekanntlich die Dinge bei der Frage ihres ganz verschiedenen „weltanschaulichen“ Charakters, also angesichts der Stellung zum Konfessionellen bzw. konfessionslosen Charakter. Die drei Schulformen: Bekenntnis-, Gemeinschafts- und weltliche Schule, sind durch die Verfassung gegeben, aber ihr Verhältnis zueinander ist ebenso wenig geregelt wie die gesellschaftliche Definierung des Charakters jeder einzelnen Schulform. Der in der Verfassung vorgesehene Reichsschulgesetzentwurf ist zwar im April 1921 herausgekommen, wurde aber nach dreijähriger ergebnisloser Beratung von der Regierung wieder zurückgezogen. Der Kampf ging in der Hauptsache um die Frage, ob der Gemeinschaftsschule, wo allerdings auch der Religionsunterricht in konfessioneller Form gelehrt werden muß, eine Vorzugsstellung eingeräumt, diese Schulform als die Grundschule bezeichnet werden oder ob der Bekenntnisschule ihre alte Stellung verbleiben und sie in dieser geschützt werden mußte.

Bisher war die Zusammenlegung des Reichstages nicht derart, daß die parlamentarische Durchführung dieser letzteren Absicht möglich war. Die Wahlen schufen die Möglichkeit, die Dezemberwahlen zersplitterten sie nicht. Daher ist ein Unterausschuß des Bildungsausschusses im Reichstag jetzt an der Arbeit, einen Reichsschulgesetzentwurf zu schaffen und ihn — natürlich im Zusammengehen mit dem dafür zuständigen Reichsminister des Innern — als Initiativantrag oder Regierungsentwurf baldmöglichst vor den Reichstag zu bringen; denn jetzt haben jene Parteien, die sich für den Schutz der Bekenntnisschule einsetzen, dort eine erhebliche Mehrheit. Die Arbeit ist schon weit gediehen.

Verzögerte Regierungserklärung.

Preussische Kabinettschwierigkeiten.

n. Berlin, 18. März.

Schon wurde angenommen, daß die preussische Regierungsbildung gesichert sei durch eine Art von Kompromiß zwischen Marx und den Rechtsparteien in der Weise, daß eine Art Vorkabinetts gebildet werde, bei dem für die Persönlichkeiten gegenseitiges Entgegenkommen beobachtet werden sollte. Da ergab sich eine neue Schwierigkeit, da Herr Marx von Rechts erklärt wurde, es sei wohl unmöglich für ihn, jetzt noch als preussischer Ministerpräsident aufzutreten, nachdem er die Kandidatur zur Reichspräsidentenwahl angenommen habe. Heute entwickelten sich infolge dieser veränderten Sachlage verschiedene Verhandlungen. Insbesondere hatte der Abgeordnete v. Campe im Namen der Deutschen Volkspartei eine eingehende Besprechung mit dem Abgeordneten Heß vom Zentrum, um dem Zentrum nähere Einzelheiten über die Ziele und Absichten der Deutschen Volkspartei bei der weiteren Behandlung der preussischen Regierungsfrage zu geben. Es handelt sich dabei zunächst darum, festzustellen, ob sich im Laufe des heutigen Tages eine gewisse Klärung hinsichtlich der Neubildung der Regierung schaffen lasse oder nicht. Die für zwei Uhr mittags angesetzte Landtagssitzung, in der die Entscheidung über die nun drei Monate dauernde Regierungstrübsal fallen sollte, wurde auf den Abend verschoben. Bis dahin sollten die Beratungen über die Zusammensetzung des Kabinetts mit aller Kraft gefördert werden. Es soll nicht aus-

Aber es wird natürlich zu sehr erbitterten Kämpfen kommen: denn hier will sich, wenigstens an einer Stelle, das Elternrecht durchsetzen gegen den staatlichen Zwang.

Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

Verlängerung der dritten Steuernotverordnung.

Dem Reichstag ist vom Justizministerium ein Gesetzentwurf zugegangen, der die Fristen der dritten Steuernotverordnung bis zum 30. Juni 1925 verlängern will. Ebenso soll der Zeitpunkt des Außerkrafttretens des Gesetzes über die Aussetzung des Verfahrens vor Gerichten und Aufwertungsstellen auf den 30. Juni festgelegt werden. Begründet wird der Gesetzentwurf damit, daß die in Aussicht genommene endgültige Regelung der Aufwertungsfrage bis zum 31. März 1925 nicht erfolgen kann.

Barmats Geschäfte mit dem Reich.

Im Preussischen Barmat-Ausschuß erklärte Direktor Britschow als Zeuge, daß die Lebensmittelgeschäfte, die die Reichsstellen mit Barmat machten, noch nicht einmal 1% des Gesamtbedarfs ausgemacht hätten. Barmat sei nicht anders behandelt worden als jeder andere Kaufmann. Die Verhandlungen wurden darauf auf unbestimmte Zeit vertagt.

Forderungen der Freien Gewerkschaften.

Die Bundesverbände der freigewerkschaftlichen Spitzenverbände nahmen in einer in Berlin stattgefundenen Tagung Stellung zur Wohnungswirtschaft, zum Steuerprogramm der Regierung, zur Arbeitslosenversicherung und zum Washingtoner Arbeitszeitabkommen. Nach entsprechenden Vorträgen über die erwähnten Verhandlungspunkte wurden Entschlüsse angenommen, die der Regierung als Forderungen der Freien Gewerkschaften übermittelt werden sollen. Für die Wohnungswirtschaft wird Aufrechterhaltung der bisherigen Zwangsmaßnahmen gefordert bis zur Schaffung eines neuen Volkswohnrechts. In bezug auf die Steuererhebung müßten die baldige Beseitigung der Umsatzsteuer und merkliche Herabsetzung des steuerfreien Einkommens sowie günstigere Staffelung des Tarifs für die niedrigen Einkommen gefordert werden.

Schädigung der Jugend durch Sensationsprozeßberichte.

Die sensationelle Berichterstattung in einem Teil der Tageszeitungen über den Haarmann-Prozeß hat sich als eine schwere Schädigung der Jugend erweisen. Von verschiedenen Seiten ist der preussische Minister für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung darauf hingewiesen worden, daß die im Prozeß behandelten hinfälligen Vorgänge durch die Veröffentlichungen zu unersprechlichen Besprechungen zwischen Schülern geführt haben. Das Seelenleben der Kinder werde dadurch vergiftet und es entstehe die schwere Gefahr, daß ihre Hemmungen gegen unflätliche Einflüsse gelockert würden. — Das Kultusministerium hat sich infolgedessen veranlaßt gesehen, im Interesse der Schulpflicht geeignete Schritte bei den zuständigen Stellen im Reich und in Preußen zu unternehmen.

Der Halle'sche Polizeipräsident zur Disposition gestellt.

Durch Beschluß des preussischen Staatsministeriums vom 17. März ist der Halle'sche Polizeipräsident Runge mit sofortiger Wirkung zur Disposition gestellt worden. Der Beschluß erfolgte aus Anlaß der Polizeimaßnahmen, die dem Blutvergießen im Volkspark vorausgingen. Der Polizeipräsident hatte das Verbot des Auftretens zweier kommunistischer Ausländer als Redner auf Grund einer Verordnung erlassen, die bereits außer Kraft war. Herausgestellt hat sich allerdings, daß der Engländer, der gesprochen hat, in Wirklichkeit ein Deutscher war und sich nur als „Internationaler“ gebärdete. Zum

geschlossen sein, daß an die Stelle von Marx ein anderes Zentrumsmittglied als Ministerpräsident in Frage kommt.

Preussischer Landtag.

Berlin, 18. März.

Präsident Bartsch eröffnet die Sitzung. Auf der Tagesordnung steht: Entgegennahme der Regierungserklärung und in Verbindung damit Beratung des Antrags Winkler (Dtn.) über die Tätigkeit eines Geschäftsministeriums; außerdem Fortsetzung der zweiten Beratung über die Hinausschiebung der Wahlzeit der Provinziallandtage und Kreistage.

Auf Antrag des Abg. v. Campe (D. Vp.) wurde nach lebhafter Geschäftsordnungssprache Punkt 1 und 2 von der Tagesordnung abgesetzt unter der Voraussetzung, daß diese Punkte am Donnerstag, den 19. März, zur Verhandlung kommen werden.

Das Haus tritt sodann in die Beratung des Provinziallandtags- und Kreistagswahlgesetzes ein.

Beratungen des Zentrums.

Berlin, 18. März.

Heute abend findet eine Sitzung des Zentrumsvorstandes statt, in der über die Frage entschieden werden soll, ob Marx die Ministerpräsidentenwahl in Preußen annehmen soll. Die Haltung der Parteien soll dahin gehen, daß für den Fall der Annahme durch Marx die ministerielle Erklärung am Donnerstag oder spätestens am Freitag abgegeben wird.

Max Jolauer Runge ist der bisherige Leiter der politischen Abteilung im Berliner Polizeipräsidentium, Regierungsdirektor Dextle, ernannt worden.

Die Regierungsbildung in Hessen.

In Darmstadt verhandelten die Sozialdemokraten, das Zentrum und die Demokraten über die Regierungsbildung. Die Verhandlungen hatten das Ergebnis, daß die genannten früheren Koalitionsparteien die Bildung des Kabinetts auf der bisherigen Basis übernehmen und die Geschäfte fortführen werden. Der Interfraktionelle Ausschuß teilte dem Landtagspräsidenten das Ergebnis mit und bat ihn, die Wahl des Staatspräsidenten auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung, die voraussichtlich am 24. März stattfinden wird, zu setzen. Das Kabinett wird sich aller Voraussicht nach aus den bisherigen Ministern zusammensetzen.

Italien.

Der Papst über die deutschen Pilgerzüge. Wie aus Rom gemeldet wird, hat der Papst an einen Münchener Pilgerzug eine Ansprache gehalten, in der er der Erwartung Ausdruck gab, daß das Konkordat dem bayerischen Volk zum Segen gereiche. Unter Bezugnahme auf das Heilige Jahr sagte der Papst weiter: „Wir wissen wohl, Sie haben keine Ermahnung nötig. Die deutschen Pilgerzüge sind gut organisiert und in einer Haltung, die allen ein Beispiel und eine Erbauung ist, deshalb sind wir nicht nur zufrieden, sondern auch dankbar, denn Sie bringen in unsere Stadt ein großes und anregendes Beispiel.“

Nordamerika.

Warren verzichtet. Warren hat Präsident Coolidge gegenüber erklärt, er müsse auf eine erneute Ernennung zum Generalsstaatsanwalt verzichten, da er Coolidge erneut nur Unannehmlichkeiten verursache. Der Präsident ernannte dann auf telephonischem Wege Sargent aus Vermont zum Generalsstaatsanwalt. Der Senat hat diesem Vorschlag zugestimmt. Sargent ist ein guter Freund Coolidges, in der Öffentlichkeit aber unbekannt.

Aus In- und Ausland.

Berlin. Der Steuerauschuß des Reichstages nahm den Gesetzentwurf zur Regelung des Finanzausgleichs mit den Ländern im ersten Halbjahr 1925 mit einigen Änderungen an.

Berlin. Nach Erteilung des Agrarments durch die deutsche Regierung ist die Ernennung des jehigen amerikanischen Gesandten in Peking, Schurman, zum Vizepräsidenten der Vereinigten Staaten in Berlin erfolgt. Schurman hat in Heidelberg, Berlin und Göttingen studiert.

Hannover. Der ehemalige Vorsitzende der deutschnationalen Reichstagsfraktion Erzellens Herzt hat die hiesigen städtischen Behörden wissen lassen, daß er den neu zu besetzenden Oberbürgermeisterposten bei einer auf ihn entfallenden Wahl übernehmen würde.

Düsseldorf. Vertreter der Landwirtschaft, der Molkereien und der Städte hatten hier eine Besprechung mit einem Kommissar des preussischen Landwirtschaftsministeriums, in der man sich dahin einigte, daß vom 15. April ab die holländische Grenze für die Einfuhr von Sahne und Milch geschlossen werden soll.

Wien. Justizminister Dr. Baber hat im Nationalrat eine Novelle zum Strafrecht vorgelegt. Der Entwurf hält sich in äußerst engen Grenzen, da mit der deutschen Regierung über ein einheitliches Strafrecht in beiden Staaten verhandelt werden soll.

Paris. Auf den Zug, in dem Chamberlain die Rückreise nach London antrat, wurde ein Anschlag verübt. Einige Fenster des Speisewagens wurden zertrümmert.

London. Der König und die Königin werden London verlassen, um sich über Dover und Calais nach Genua zu begeben, wo die königliche Yacht zur Mittelmeeresfahrt des Königs paares bereitliegt.

London. Das englische Kriegsministerium hat hundert Flugzeuge in Auftrag gegeben, die Erkundungs- und Versorgungszwecken dienen sollen. Sie sollen eine Gesamtlänge von 200 Stundenkilometern haben und bis auf 7000 Meter steigen können.

Lokales und Provinzielles.

Halver, den 20. März 1925.

□ Fahrvergünstigungen für Schwertriebsbeschädigte. Die von der Tarifkommission der Deutschen Reichsbahngesellschaft gegenüber dem Verwaltungsrat befürworteten Maßnahmen zur Befreiung der den Schwertriebsbeschädigten bisher gewährten Fahrvergünstigungen werden mit dem 1. April d. J. nicht in Kraft gesetzt. Wie der Reichsbund der Kriegsbeschädigten nach wiederholten Vorstellungen auf Beibehaltung der Vergünstigungen von zuständiger Stelle erfahren hat, verbleibt es vielmehr bei den derzeitigen Bestimmungen. Danach werden Schwertriebsbeschädigte auch weiterhin zum Fahrpreis 4. Klasse in der 3. Wagenklasse befördert, wenn sie im Besitze des rotumranderten Schwertriebsbeschädigtenausweises sind.

□ Warnung vor dem Schneeballsystem. In letzter Zeit mehren sich die Fälle, daß inländische und ausländische, namentlich in Holland ansässige Firmen versuchen, Waren im Wege des sogenannten Schneeballsystems abzusetzen. Zu diesem Zweck benennen die Firmen Anpreisungen, in denen sie die Empfänger ersuchen, eine bestimmte Anzahl Gutscheine zu erwerben und diese an Bekannte gegen Entgelt abzugeben. Die neuen Erwerber müssen dann von den Firmen wiederum neue Gutscheine — je in gleicher Zahl wie der erste Käufer — beziehen, die sie ihrerseits zu verkaufen haben. Je nach dem Werte der Waren wird eine verschiedene Anzahl aufeinanderfolgender Gruppen von Käufern dieser Gutscheine ausgerechnet, oft 5 bis 6, so daß in manchen Fällen erst mehrere tausend Gutscheine zu kaufen sind, ehe die Firma zu einer Leistung verpflichtet ist. Es wird darauf aufmerksam gemacht, daß der Vertrieb von Waren in der beschriebenen Weise in Deutschland unter den Begriff der Auspielung fällt und nach dem deutschen Strafgesetz strafbar ist. Außerdem ist eine Schädigung der Teilnehmer zu erwarten, da es in den meisten Fällen nicht möglich sein wird, alle geforderten Gutscheine abzugeben; wird der Verkauf der Gutscheine aber nicht reiflos durchgeführt, so gehen alle Ansprüche an die Firma für schon bezahlte Gutscheine verloren. Vor der Beteiligung an dieser Art des Warenvertriebs wird deshalb gewarnt.

—* Die schulentlassene Jugend. Jetzt ist die Zeit, in der so mancher Jüngling und so manches Mädchen die Schule verläßt und in das Berufsleben tritt. Wenn mancher glaubte, nun die Zeit hinter sich zu haben, da man immer lernen mußte, so wird er bald merken, daß er jetzt erst recht lernen muß, um seinen Platz auszufüllen. Das Leben stellt hohe Anforderungen an die Menschen, und vor allem die Jugend muß, wenn sie vorwärts will, sich Wissen aneignen. Daß neben der geistigen Betätigung die körperliche Betätigung nicht vernachlässigt werden darf, versteht sich von selbst. Leider aber ist es noch nicht Pflicht, daß die schulentlassene Jugend sich den Turnvereinen anschließen muß, um den Körper zu stärken und widerstandsfähig zu machen. Gerade der jugendliche Körper bedarf in der Zeit des Wachstums der körperlichen Betätigung, denn hierdurch erhält der Körper den Wachstumsreiz. Herz und Lunge werden gestärkt und der Knochenbau wird gestärkt, was unbedingt notwendig ist, um der zumeist einseitigen Berufstätigkeit entgegenzuwirken. Jeder, der den Wert der Leibesübungen am eigenen Körper verspürt hat, möchte sie nicht missen. Sagen werden die Eltern: Unser Kind ist noch zu schwach. Das ist das Verkehrteste, das es gibt, denn gerade durch Turnen, Spiel und Schwimmen soll der schwache Körper gestärkt werden. Viele scheinen nicht zu wissen, daß nur Organe, welche angeregt werden, sich entwickeln. Darum Ihr Eltern, wenn Ihr wollt, daß Eure Kinder zu gesunden und starken Menschen heranwachsen sollen, schickt sie in die Turnvereine! Hier können sie im Kreise gleichaltriger Kameraden sich an den Geräten tummeln oder beim fröhlichen Spiel auf dem Rasen sich zu lebensfrohen und arbeitsfreudigen Menschen entwickeln.

—* Westfälische Landwirtschaftskammer. Die 31. Hauptversammlung der Westfälischen Landwirtschaftskammer wurde am Freitag in Gegenwart des Oberregierungsrats Burkhardt als Vertreter des preussischen Landwirtschaftsministeriums und der Vertreter der Spitzenbehörden der Provinz unter dem Vorsitz des Freiherrn v. Ledebur im Sitzungssaal des Provinziallandtags abgehalten. Die Sitzung beschäftigte sich zunächst mit dem Anschließ an die Eröffnungsrede des Vorsitzenden mit der bisher nicht erfolgten Auszahlung der staatlichen Notstandskredite für die durch Hochwasser Geschädigten, nahm dann den vom Hauptgeschäftsführer Dekonemierat Dr. Gerland erstatteten Jahresbericht entgegen und genehmigte die Jahresrechnung. Zur Erweiterung der Geschäftsräume wurden zwei angrenzende Wohnhäuser erworben. Ferner wurde die Uebernahme einer Beratungsstelle in Elektrizitätsfragen auf die Kammer beschlossen. Im Sauerland soll ein Versuchsgut eingerichtet werden. In Anträgen und Entschlüssen wurde Stellung genommen zu folgenden Fragen: Mitwirkung der Kammer bei der Neuveranlagung zur Grundvermögenssteuer; Aufwertung von Hypotheken und sonstigen Forderungen; Zollschutz für landwirtschaftliche Erzeugnisse.

< Halver, 19. März. Helmut Finner, Sohn des Fabrikleiters Heinrich Finner hier selbst, bestand unter Befreiung von der mündlichen Prüfung am gestrigen Tage an der Oberrealschule Hzu Gummersbach das Abiturienten-Examen. Wir gratulieren.

Breckerfeld, 18. März. Im Schnee erfroren. Wie nunmehr feststeht, ist der Arbeiter N. nicht infolge zu reichlichen Alkoholgenußes im Schnee stecken geblieben, sondern nach langem mühsamen Weg müssen ihn die Kräfte verlassen haben. Seine unverletzte Lehnstütze hatte er noch in der Tasche. Der so rasch ums Leben gekommene hinterläßt Frau und 2 unverletzte Kinder.

Breckerfeld, 18. März. Persönliches. Sein Ingenieurexamen bestand an der höheren Maschinenbauschule in Elberfeld Paul Carnap, Sohn des Apothekers Paul Carnap.

Haspe, 17. März. Ausschreibung der Bürgermeisterstelle. Die Stadtverordneten-Versammlung beschloß heute, die freigewordene Bürgermeisterstelle auszuschreiben. Die Gehaltsbezüge wurden festgelegt nach Gruppe 13 mit Aufzugsmöglichkeit nach Sondergruppe B 1. Es wurde ein siebenköpfiger Ausschuß eingesetzt, der die Wahl beschleunigt vorbereiten soll.

Werdohl, 18. März. Der erste Autobus der Kraftverkehrs-Gesellschaft Kreis Almena-Lüdenscheid ist dem Verkehr übergeben worden. Bei jeder Fahrt war der Wagen voll besetzt, so daß der erste Geschäftstag wohl ein guter Erfolg für die Gesellschaft sein wird.

Wipperfurth, 19. März. In der am Montag stattgefundenen Kreisversammlung des Kreises Wipperfurth wurde als Landrat des Kreises Wipperfurth der bisher mit der kommissarischen Vertretung beauftragte Herr Hutrop der Staatsregierung als Landrat vorgeschlagen. Der bisherige Landrat des Kreises, Herr Dr. Wessel, ist bekanntlich vor einiger Zeit zum Landrat des Siegfrieds nach Siegburg berufen worden.

Sitzung der Amtsversammlung Halver.

< Halver, den 19. März.

Zu der auf gestern nachmittags anberaumten Sitzung der Amtsversammlung waren sämtliche Beordnete erschienen. Herr Amtmann Thomas eröffnete gegen 4 Uhr die Sitzung. Folgendes wurde verhandelt und beschlossen:

1. Haushaltsplan 1925. Der Entwurf des Haushaltsplanes war jedem Beordneten zugestellt worden. Der Vorsitzende hat, in die Besprechung desselben einzutreten. Der Plan balanciert in Einnahme und Ausgabe in Höhe von 365 000 Mk., gegen das Vorjahr 1924, 169 000 Mk. Hierbei ist zu berücksichtigen, daß der Ertrag der Hauszinssteuer in Einnahme und Ausgabe mit 170 000 Mk. durchläuft und die hohe Summe sich demzufolge ergibt. Der aufzubringende Fehlbetrag beträgt 129 720 Mk. Nachdem der Vorsitzende die an ihn gestellten Fragen beantwortet hatte, fand der aufgestellte Haushaltsplan seitens der Vertretung Genehmigung.

2. Haushaltsplan des Bezirksarbeitsnachweises für Lüdenscheid und Umgegend. Der Bezirksarbeitsnachweis für Lüdenscheid und Umgegend hat den Haushaltsplan für 1925 zur Beschlussfassung vorgelegt. Die Beratung des Haushaltsplanes ist von den Vertretern der beteiligten Städte und Ämter am 10. v. Mts. in Lüdenscheid erfolgt. Der Plan balanciert in Einnahme und Ausgabe mit 396 500 Mk. Hieron entfallen auf die Ämter Halver 3000 Mk., Kierspe 2500 Mk. und Meinerzhagen 3900 Mk. anteilig. Vertreter Jaeger erscheidet der Etat reichlich hoch bemessen. Für das platt Land habe der Arbeitsnachweis wenig oder gar keine Bedeutung und daher stehe der Anteil in gar keinem Verhältnis zu den Leistungen, er bitte die Verwaltung dafür eintreten zu wollen, das in nächster Sitzung genaueres Material über die Aufstellung des Haushaltsplanes vorgelegt werden könne betr. der Verteilung der Kosten auf die einzelnen Bezirke.

3. Transformatorhaus auf dem Marktplatz in Halver. Der Landwehrverein Halver hat mit Eingabe vom 10. Dezember v. J. beantragt, das Transformatorhaus von dem Marktplatz in Halver zu entfernen. Der Vorsitzende bemerkt hierzu, daß er in der Sitzung der Amtsversammlung am 22. 8. v. J. in Schwerte die vertraglichen Rechte der Markt eingehend dargelegt habe, und wenn das Gebäude heute entfernt werden sollte, müsse es auf Kosten des Amtes erfolgen. Die enormen Kosten könne das Amt nicht übernehmen. Vert. Schürmann begründet die Eingabe des Protokolls des Landwehrvereins. Am 1. März habe sich bewiesen, daß der verbliebene Platz vor dem Kriegerdenkmal viel zu klein sei. Das Verlangen des Landwehrvereins sei daher berechtigt, da bei einer Kriegerkehrung vor dem Denkmal der Platz im entferntesten nicht mehr ausreiche und vorläufig sei für derartige Veranstaltungen kein anderer Platz vorhanden. Das Gebäude habe nunmehr seinen Standort dort erhalten und es sei gegenwärtig schwer, dasselbe an eine andere Stelle zu verlegen. Vertreter Fingerhut ist der Meinung, die Behörde müsse bestrebt sein, das Gebäude anderweitig zu verlegen. Er habe früher persönlich mit dem Schuhmachermeister Bornesfeld verhandelt, wegen Ankauf dessen Besitzung, die Verhandlungen seien aber gescheitert. Vorsteher Fernholz gibt eine gleiche Verhandlung wegen Anbau an die Besitzung des Gasthofbesitzers Schneider bekannt, die ebenfalls gescheitert sei. Es wurde der Beschluß gefaßt, die Behörde soll bestrebt sein, das Gebäude an eine andere Stelle zu verlegen.

4. Kreisfürsorgestation in Halver. Zur Ausstattung der Wohnung der Kreisfürsorgerin in Halver ist ein Ofen und die elektrische Lichtanlage auf Kosten des Amtes beschafft worden. Die Kosten belaufen sich auf 72,35 Mk. Die Summe wurde bewilligt.

5. Ausscheiden zweier Mitglieder aus dem Sparfassenvorstande. Der Kaufmann Richard Winthaus, Carthausen hat sein Amt als Vorsitzender und der Fabrikant Ernst Spelsberg, Schalksmühle sein Amt als Mitglied des Sparfassenvorstandes niedergelegt. Der Amtmann hat beiden Herren für ihre langjährige Mithewaltung den Dank der Verwaltung ausgesprochen. Auf Vorschlag des Amtmannes wurden die Herren Fabrikant Gustav Schröder, Schalksmühle und Fabrikant Adolf Gieseler, Ehringhausen auf eine Amtszeit von 6 Jahren zu Vorstandsmitgliedern gewählt.

6. Nachtrag zur Sitzung der Amtspartasse Halver. Durch die eingetretene Stabilisierung der Geldwährung hat sich die Notwendigkeit des Erlasses eines Nachtrages zur Sitzung der Amtspartasse ergeben. Der Vorsitzende machte das Kollegium mit den Änderungen, die nach dem Vorschlag des Sparfassenverbandes erfolgt sind, bekannt. Vertretung erteilte die Genehmigung zu dem 1. Nachtrage der Sitzungen.

7. Abnahme der Sparfassenrechnung. Die Verwaltung der Amtspartasse hat die Jahresrechnung von 1923 vorgelegt. Amtsseitig ist die Rechnung geprüft und hat keinen Anstand ergeben. Wegen des außergewöhnlich großen Zahlenmaterials wurde in keine Prüfung eingetreten und die Entlastung ausgesprochen.

8. Kontokorrentkredit bei der Landesbank. Zur Finanzierung des Wiederaufbaues der Eisenbahnstrecke Carthausen—Halver ist bisher vergeblich versucht worden, eine Anleihe aufzunehmen. Es ist nun gelungen, von der Landesbank der Provinz Westfalen einen Kontokorrentkredit zu einem Zinssatz von 15% zu erhalten.

Außerdem eine Umsatzprovision von 1/4% zu zahlen. Der Vorsitzende macht Mitteilung über die gepflogenen Verhandlungen. Es wäre nach und nach ein Kredit von 150 000 Mark erforderlich. Vertretung erteilte ihre Zustimmung zu dem Abkommen.

9. Beihilfenanträge. Beihilfenanträge haben gestellt: 1. der Verein zur Förderung der Blindenbildung, Hannover-Kirchrode. Der Antrag wird abgelehnt mit der Begründung, die Blindenanstalt Soest zu unterstützen, letzterer sei auch mit 100 Mk. unterstützt worden. 2. Der Verein Bergisch Land in Barmen. Der Antrag wird ebenfalls abgelehnt, da die Bestrebungen des Sauerländischen Gebirgsvereins näher liegen. 3. Der Zweigausschuß Sauerland von den deutschen Jugendherbergen. Hierfür wird eine einmalige Beihilfe von 50 Mk. bewilligt. 4. Der Preussische Landgemeindenverband West für die Hinterbliebenen der Opfer der Grubentatastrophe auf Zeche Minister Stein in Dortmund. Da die hiesige Amtspartasse bereits 100 Mk. für diesen Zweck gespendet hat, glaubt Vertretung von einer weiteren Spende Abstand nehmen zu können.

10. Beteiligung des Amtes an der Kreis-Kraftverkehrs-Gesellschaft. In der Sitzung vom 11. Dezember 1924 ist im Prinzip beschlossen, sich an der Kraftverkehrs-Gesellschaft zu beteiligen, jedoch vorläufig eine abwartende Stellung einzunehmen. Inzwischen ist die Gründung der Kreis-Kraftverkehrs-Gesellschaft erfolgt. Vorgelesen ist, daß sich das Amt Halver an der Gesellschaft mit 18 000 Mk. beteiligen soll, 1/4 ist eingefordert und an die Kreis-Kommunalkasse in Almena eingezahlt. Der Vorsitzende berichtet über die seitherigen Verhandlungen in dieser Angelegenheit. Eine diesbezügliche Versammlung in Schalksmühle, wozu Vertreter der Industrie und Amtsvertreter geladen sei, habe der Regierungsvorsteher Kühl-Altena die Notwendigkeit und Rentabilität der geplanten Autobuslinien in einem Referat dargelegt. Für die Errichtung der vorgesehenen vorgelegten Linien sei eine Summe von 300 000 Mk. erforderlich, die auf die einzelnen Ämter, Städte und Kreis im Verhältnis aufgebracht werden müssen. Die einzurichtende Autobuslinie Lüdenscheid—Lützenbach—Brügge—Schalksmühle erfordere einen Kostenaufwand von 119 000 Mk., zu diesen Kosten habe das Amt Halver 18 000 Mk. beizutragen. Nach längerer eingehender Aussprache beschloß Vertretung sich an dem Unternehmen zu beteiligen und bewilligte die geforderte Summe. Vertreter Schürmann bittet um Auskunft inwieweit die Angelegenheit der Errichtung einer Linie Breckerfeld—Halver—Kierspe gediehen seien. Der Vorsitzende teilt darauf mit, daß die Eingabe an die Oberpostdirektion bereits abgegeben sei. Wie weiter mitgeteilt wurde, wird die Handelskammer Lüdenscheid ebenfalls für diese Linie eintreten, auch soll zur gegebenen Zeit die Kreis-Kraftverkehrs-Gesellschaft auf die Inbetriebnahme dieser Strecke aufmerksam gemacht werden.

Nah und Fern.

□ Ein besonders raffinierter Dieb. Mit einem ungewöhnlichen Kniff arbeitet ein Dieb, der in Berlin eine Dame befaßt. Während die Dame in einem Lokal ihren Mantel abgab, reichte ein Mann, der den Eindruck eines Ausländers machte, über ihren Kopf hinweg seinen Mantel der Garderobefrau zu. Hierbei stahl er der Dame, ohne daß sie etwas merkte, einen goldenen Ohrring mit einer 9/16 Millimeter starken Perle und kleinen Brillanten in tiefer Fassung aus dem Ohr. Der Spezialist wird seinen Trick wohl auch anderswo versuchen.

□ Einleitung der Jahrtausendfeier in Duisburg. Die Stadt Duisburg eröffnete als erste Stadt des Rheinlandes die Jahrtausendfeier mit einer Ausstellung nieder-rheinischer Kunst. Nach einer Ansprache des Museumsleiters, der auf die Bedeutung der rheinischen Kunst und der Wandermäler am Rhein hinwies, hielt Oberbürgermeister Dr. Jarres eine längere Rede. In der Ausstellung wird die nieder-rheinische Malerei und Plastik bis zum 19. Jahrhundert gezeigt.

□ Ein unheimlicher Fund in Breslau. Der auf einen Mord schließen läßt, beschäftigt die Kriminalpolizei. An der Rosenthaler Brücke in Breslau wurde am Nadelwehr ein brauner Pappkarton angeschwemmt, der Teile eines weiblichen Unterkörpers enthielt. Man rechnet mit der Möglichkeit, daß die Frau nicht in Breslau, sondern anderswo ermordet worden ist.

□ Frecher Straßendiebstahl in Paris. Ein verwegener Diebstahl hat sich auf der Place de la Republique in Paris ereignet. Der dort befindliche Brunnen wird zurzeit aus-gebeßert. Bei der Bauseitung erschien ein Arbeiter, der erzählte, vom Ministerium für öffentliche Arbeiten damit beauftragt worden zu sein, einen bronzernen Delfin abzutransportieren. Die auf dem Bau befindlichen Arbeiter halfen, den wertvollen, 150 Kilogramm schweren Delfin abzumontieren und fortzuschaffen. Später stellte sich heraus, daß es sich um einen verwegenen Diebstahl handelte.

□ Gegen Landschaftsverhandlungen. Einen nach-nahmenswerten Erlaß hat dieser Tage der englische Verkehrsminister erlassen, um das Landschaftsbild in den Provinzen vor Verschandelung durch falsch verstandene „moderne“ Architektur zu schützen. Den Grafschafts-behörden ist mitgeteilt worden, daß beim Bau neuer oder beim Umbau alter Brücken streng nach dem Stil der Gegend vorgegangen werden müsse, andernfalls könnten die Grafschaftsbehörden keinen Anspruch auf den Straßenbaunterstützungsfonds erheben.

□ Überzählige Schiffe. Bei Malta herrscht so stürmischer Wetter, daß mehrere Schiffe, die fällig waren, nicht eingetroffen sind. Der Transpordampfer „Neuralie“ mit zwei britischen Kompagnien aus Ägypten an Bord konnte nicht in den Hafen einlaufen.

□ Schredenstat eines russischen Volkskommisars. Das Mitglied der Ziskler Verwaltung des Volkskommisariats für Finanzen, Awabekow, seit 1904 Kommunist, erschloß dort mit fünf Revolutionären aus persönlichen Gründen den parteilosen Mitarbeiter derselben Behörde, Solow-jewitsch. Der Mörder wurde verhaftet und aus der Partei ausgeschlossen.

□ Theaterbrand in Odessa. Wie aus Moskau gemeldet wird, wurde das Theater von Odessa durch Feuer schwer beschädigt. Das Feuer entstand nach der Aufführung der Oper „Der Prophet“ von Meyerbeer allem Anschein nach durch Entzündung des in der Oper verwendeten Feuerwerks und verbreitete sich infolge Nachlässigkeit der eingeschlossenen Feuerwehrmänner. Die Bühne mit der ganzen Ausstattung, die einen großen materiellen und künstlerischen

wert besitzt, ist vernichtet. Dagegen konnten die Partituren-
bibliothek und das Kostümdespot gerettet werden.

○ 50 Verwundete bei einer Autoexplosion. In der Um-
gebung von Tunis bei Sidi-Fathallah explodierte
gelegentlich einer Panne ein Lastauto, das mit Explosiv-
stoffen beladen war und einer Werkstätte der tunesischen
Eisenbahngesellschaft gehörte. Man zählte 50 Verwundete.

○ Ein japanischer Weltflug. Mit einem Fernflug
Tokio-Moskau-Paris werden im Mai oder Juni zum
erstenmal japanische Flieger mit den europäischen und
amerikanischen Abteilern in Wettbewerb treten. Wie der
„Asahi Shimbun“ mitteilt, soll der Flug, bei dem zwei
Breguets zur Verwendung kommen, in 70 Stunden zurück-
gelegt werden. Die vorgesehene Route ist 12 120 Kilometer
lang und führt über Chosen, Mandchurien, Sibirien,
Moskau, Warschau und Prag. Das ebengenannte Blatt
berechnet die Kosten auf rund 54 000 Dollar.

○ Deutsche Luftschiffer in Pilsen interniert. Unweit
Pilsen ging kürzlich ein deutscher Luftballon zur Notlan-
dung nieder. Die Pilsener Gendarmerie stellte fest, daß es
sich um einen in Erfurt aufgestiegenen Ballon handelte,
dessen Insassen ein deutscher Major Niemann, ein Redak-
teur und der Pilot waren. Da sich in ihrem Besitze photo-
graphische Apparate befanden, wurden sie in Haft ge-
nommen und in das Pilsener Gerichtsgefängnis ein-
geliefert.

○ Eisport in Italien. Den Italienern erblüht
gegenwärtig ein ungeahntes und wohl nur selten ge-
nosienes Vergnügen; sie können nämlich auf dem Gar-
dasee Schlittschuh laufen, denn seit einigen Tagen ist dieser
sonst von strahlender Himmelsbläue überdeckte See, dessen
Eisdecke milde Lüfte umweht, zugefroren. Aber auch
sonst birgt das Märzwetter in Italien nicht gerade an-
genehme Überraschungen. So ist in Pavia vier Stunden
lang Schnee gefallen und die Temperatur bis zu 7 Grad
unter Null gesunken, so daß es dort kälter war als in
Berlin. Auch Mailand hatte Schneefall zu verzeichnen.

○ Kabelverbindung Italien-Newyork. In Anzio
bei Rom ist das erste italienische Kabel eingeweiht worden,
das Italien über Malaga mit Newyork verbindet. Es
sind Begrüßungskabeltelegramme zwischen dem König von
Italien, dem König von Spanien und dem Präsidenten der
Vereinigten Staaten gewechselt worden. Auch der Erz-
bischof von Venedig, Kardinal O'Connell, hat ein Kabel-
telegramm geschickt.

Bunte Tageschronik.

Riel. Der Kreuzer „Berlin“, ist von seiner mehrmonatigen
Auslandsreise zurückgekehrt und wohlbehalten im Kieler
Hafen eingelaufen.

Lübeck. Das Lübecker Lehrerseminar ist nach 118-jähriger
Bestehen geschlossen worden.

Elberfeld. Die Genossenschaften für Wohnungsbau in
Rheinland und Westfalen werden vor Ostern in Elberfeld
tagen, wo sie sich mit Fragen des privaten Wohnungs-
baues befassen werden.

Kottbus. Vier Brüder wurden in Kottbus unter dem Ver-
dacht verhaftet, bei einem Einbruch einen Polizisten, der sie
überwachte, erschossen zu haben.

Rom. In Pisa wurde ein kleines wellenförmiges Erd-
beben von drei Sekunden Dauer wahrgenommen; auch in
anderen Städten Toskanas wurde das Erdbeben verspürt.

Halle. Nachdem die Untersuchung über den Zwischenfall im
Volksplatz endgültig abgeschlossen ist, hat die kommunis-
tische Partei den Wunsch geäußert, daß am Donnerstag die
Beerdigung der Opfer stattfinden soll. Die kommuni-
stische Partei, die Aufrufe zu einer Massendemonstration er-
lassen hat, teilt dem Polizeipräsidenten das Programm der
Feierlichkeiten mit. Dieses Programm ist auch vom Polizei-
präsidenten gebilligt worden.

Leipzig. Auf dem Flugplatz Modau ist der Flugzeugführer
Petersen bei einem Abflug mit seinem Apparat abge-
stürzt. Er war sofort tot.

Herne. Im Mai findet in Herne eine große Ausstellung
für den Wiederaufbau des Ruhrgebietes, für das gesamte Berg- und Hüttenwesen und verwandte Berufe
sowie sämtliche Neuerungen im Bauwesen statt.

Krefeld. Im hiesigen Hauptzollamt sind Vandalen im
Werte von 100 000 Mark gestohlen worden. Die Zollbehörde
hat für die Ermittlung des Täters eine hohe Belohnung aus-
gesetzt.

Kleine Nachrichten.

Ludendorff Präsidentschaftskandidat.

Berlin, 18. März. Die nationale Opposition der Frei-
heitsbewegung, bestehend aus der Nationalsozialistischen Deut-
schen Arbeiterpartei, den bürgerlichen Verbänden und Organisati-
onen hat heute unter Führung Adolf Hitlers General
Ludendorff als Reichspräsidentenwahlkandidat ausgerufen. General
Ludendorff ist heute in Berlin ein-
getroffen.

Die Feuerungsanschläge für die Beamten.

Berlin, 18. März. Im Haushaltsausschuß des Reichstages
wurden Anträge der Sozialdemokraten und Demokraten be-
handelt, die für die Besoldungsgruppen 1-6 eine Erhöhung
des Feuerungszuschlages von 12½ auf 20 % fordern. Gegen
diese Anträge wandte sich Reichsfinanzminister von Schlieffen,
auch Vertreter des Reichswirtschaftsministeriums und des
Reichsarbeitsministeriums lehnten die Anträge ab und wiesen
auf die Rückwirkungen auf die Privatindustrie hin. Reichs-
verkehrsminister Dr. Krosigk machte auf die schweren Rück-
wirkungen für die Eisenbahnen aufmerksam. Der Ausschuß
beschloß, die Anträge zu verschieben, um erst eine Stellung-
nahme der Fraktionen herbeizuführen.

Schutz des geistigen Eigentums bei der Radioubertragung.

Berlin, 18. März. Im Bildungsausschuß des Reichstages
wurde ein Antrag Dr. Schreiber (Ztr.) angenommen, der die
Reichsregierung ersucht, bei der Verabschiedung des Reichs-
theatergesetzes den Schutz des geistigen Eigentums der Bühnen-
schriftsteller und Bühnenkomponisten bei der Radioubertragung
von Bühnenstücken zu gewährleisten.

Preisnachlaß bei Eisenbahngesellschaftsreisen.

Berlin, 18. März. Mit dem 1. Mai wird seitens der
Reichsbahn wieder der bis zum Jahre 1907 gewährte Jahr-
preisnachlaß für Gesellschaftsreisen eingeführt werden. Dieser
Nachlaß in Höhe von 33½ % wird bewilligt, sobald eine Ge-
sellschaft von 30 Personen, die nachweislich zusammengehören,
Fahrkarten nach demselben Reiseziel löst.

Der Tag der Märzgefallenen.

Berlin, 18. März. Der Friedhof der Märzgefallenen im
Friedrichshain wies am Mittwoch aus Anlaß der 77-jährigen
Wiederkehr der Märzrevolution harten Besuch auf. An den
Gräbern der Gefallenen wurden zahlreiche Kränze niedergelegt.

Baden gegen die Erhöhung der Bier- und Tabaksteuer.

Karlsruhe, 18. März. Die badische Regierung beschloß im
Reichsrat, gegen die Erhöhung der Bier- und
Tabaksteuer zu stimmen. Für ihre ablehnende Haltung
spielt der Gesichtspunkt eine Rolle, daß in einer Zeit, in der
eine starke Entlastung des Großbetriebes von der Reichsregierung
vorgesehen wird, es nicht angängig wäre, die von der Masse
des Volkes zu tragenden Steuern zu erhöhen.

Sieben Personen verschüttet.

Lengau, 18. März. In einer Kiesgrube, die von einem in
armlichen Verhältnissen lebenden Arbeiter betrieben wurde,
ereignete sich ein Zusammenbruch der Grubenwand. Durch
den Einsturz wurden die Hütte und die Kiesgrube, in der sich
die 38-jährige Frau mit ihren 6 Kindern aufhielt, verschüttet.
Die 7 Personen konnten nur noch als Leichen geborgen werden.

Brandkatastrophe in Tokio.

Tokio, 18. März. Gestern brach im Norden der Stadt ein
Brand aus, der bald größeren Umfang annahm, und
dem bis 10 Uhr abends schon tausend Häuser zum
Opfer gefallen waren. Um der Feuerbrunst, die sich nach
allen Richtungen ausbreitete, Einhalt zu tun, wurde Militär
eingesetzt, das im Umkreis der brennenden Stadtteile
Häuser niederriß, um so einem weiteren Umfängereisen des
Brandes Einhalt zu tun. Aus den brennenden und bedrohten
Straßen flüchteten mit Hausrat aller Art besetzte die Ein-
wohner. Eine spätere Meldung besagt, daß die Zahl der ein-
geäscherten Gebäude bereits dreitausend beträgt.
20 000 Menschen irren obdachlos durch die Straßen. Die Feuer-
wehr soll nach stundenlangem Kampf nunmehr Herrin der
Lage sein.

Arbeiter und Angestellte.

Essen. (Die Vergarbeiter fordern Lohner-
höhung um 15 %.) In den in Essen abgehaltenen Verhand-
lungen zwischen den Gewerkschaften und den vier Berg-

arbeiterverbänden forderten die Letzteren eine Erhöhung der
Löhne um 15 %, die vom Gewerkschaftsverband unter Berufung auf
die Lage des Ruhrbergbaues abgelehnt wurde. Daraufhin
beantragten die Arbeiterverbände das Schlichtungsverfahren, we-
ches voraussichtlich Anfangs nächster Woche stattfinden wird. Die Ver-
treter des Gewerkschaftsverbandes kündigten für dieses Verfahren
Anträge auf Wiedereinführung der Spannungslohne und die
Einführung von Stundenlöhnen für Tagearbeiter an.

Aus dem Gerichtssaal.

§ Belgische Kriegsgerichtsentscheidungen. Das Brabantische Kriegs-
gericht verurteilte den Deutschen Fritz Grabow, der während
des Krieges der Kommandantur in Braine l'Alleud ange-
hörte, in Abwesenheit zu lebenslänglicher Zwangsarbeit, weil
er einen Belgier, der auf einem Acker Aehren sammelte, durch
einen Gewehrschuß getötet haben soll. Der Trainleutnant
Schull wurde zu 20 Jahren Zwangsarbeit verurteilt, weil er
bei dem Brande eines Hauses in Perwez geplündert haben
soll.

Börse und Handel.

Ämtliche Berliner Notierungen vom 18. März.

* Börsenbericht. Das Geschäft an den Effektenmärkten war
ganz geringfügig, verstimmt wirkte allem Anschein nach
namentlich die Preisbewegung auf dem Produktmarkt, die
jetzt mehrfach zu Insolvenzen geführt hat. Ein reges Geschäft
entwickelte sich am Markt der inländischen Anleihen, da die
Börse die Aussichten der bevorstehenden Aufwertungsbe-
sprechungen günstig beurteilt. Am Geldmarkt hält die bisherige
Flüssigkeit an, tägliches Geld 7-10 %, monatliches 10-12 %.

* Devisenbörse. Dollar 4,19-4,21, engl. Pfund
20,04-20,09; holl. Gulden 167,69-168,11; Danz. 79,49
bis 79,69; franz. Franc 21,90-21,96; belg. 21,28-21,34;
schweiz. 80,87-81,07; Italien 17,09-17,13; schwed.
Krone 113,05-113,33; dän. 76,00-76,20; norweg. 64,62
bis 64,78; tschech. 12,43-12,47.

* Schlachtviehmarkt. Auftrieb: Rinder 1824, darunter
Bullen 512, Ochsen 392. Rühre und Färren 920, Kälber 3665,
Schafe 3851, Schweine 11 032. Ziegen 20. Schweine aus dem
Ausland 518. Preise: Ochsen a) 50-54 b) 44-48, c) 37-40,
d) 30-35; Bullen a) 45-48, b) 40-44, c) 35-38; Rühre und
Färren a) 46-53, b) 40-44, c) 31-36, d) 25-28, e) 20-23;
Fresser 34-38; Kälber a) —, b) 80-90, c) 65-75, d) 45 bis
60, e) 33-40; Stallmätschafe a) 46-52, b) 38-44, c) bis 30;
Schweine a) —, b) 64, c) 61-63, d) 58-60, e) 56-57, f) bis
55; Säue 58-60; Ziegen 20-25. Marktverlauf: In allen
Gattungen ruhig, fette Lämmer gesucht.

* Keine Verteuerung öffentlicher Gelder durch die Seehand-
lung. Wie dem Ämtlichen Preussischen Pressedienst von zu-
ständiger Seite mitgeteilt wird, sind die kürzlich von einem
Teil der Presse wiedergegebenen Mitteilungen betr. die Verteu-
erung öffentlicher Gelder durch die Seehandlung unzutreffend
und irreführend. Es ist nicht richtig, daß die Seehandlung
„Postgelder nur mit einem Aufschlag von 2 % an andere Kre-
ditinstitute weitergeben will“, und es ist noch weniger zutref-
fend, daß eine ungebührliche Verteuerung der der Preussischen
Zentralgenossenschaftsliste bisher durch die Post gegebenen
Gelder auf dem Wege über die Seehandlung erfolgt. Tatsache
ist vielmehr, daß der Zinssatz, den die Preussische der See-
handlung gegenwärtig zahlt, niedriger ist als der Satz, den die
Seehandlung selbst der Post zu vergüten hat.

* Produktbörse. Getreide und Ölsaaten per 1000 Kilo-
gramm, sonst per 100 Kilogramm.

	18. 3.	17. 3.		18. 3.	17. 3.
Weiz., märk.	246-250	251-255	Weizfl. f. Brl.	14	14
Pommerscher	—	—	Roßfl. f. Brl.	14-14,1	14-14,1
Hogg., märk.	225-227	232-234	Raps	390	390
Pommerscher	—	—	Leinfaat	—	—
Westpreuß.	—	—	Wittor.-Grbf.	24-29	24-29
Futtergerste	205-223	205-223	fl. Speiseerbf.	19-21	19-21
Braugerste	225-248	225-248	Futtererbf.	18-19	18-19
Hafer, märk.	181-186	182-187	Berufschfen	18-19	18-19
Pommerscher	—	—	Aderbohnen	18,5-19,5	18,5-19,5
Westpreuß.	—	—	Widen	18,5-20	18,5-20
Weizenmehl	—	—	Lupin., blaue	12,2-13,5	12,0-13,5
p. 100 Kil. fr.	—	—	Lupin., gelbe	14,0-15,5	14-15,5
Wln. br. infl.	—	—	Serabellia	14-16	14-16
Erd. (feinst.)	32,5-35	32,5-35,2	Rapskuchen	16	16,5-16,7
Mrl. fl. Rot.	—	—	Leinkuchen	22	22
Woggenmehl	—	—	Erdenschl.	9,4-9,6	9,4-9,6
p. 100 Kil. fr.	—	—	ow. Judschn.	—	—
Berlin br.	—	—	Torschl. 30/70	9	9
infl. Erd.	31,7-34	31,7-34,2	Kartoffelsf.	18,7-19	18,8-19,1

Schriftleitung Wilt. Bell jr., Halver i. Westf.

Stelle noch einige
Montiererinnen
u. jug. Montierer
ein.

Wilt. Engel,
elekt. Fabrik,
Schalksmühle.

Rohrstühle
werden neu gestrichen.

Reparaturen

an Korbmöbeln u. Korb-
waren sowie Neuher-
stellungen ausgeführt von
H. Gundermann,
Meinerzhagen.

Saß neues 2-schl. f. g.
compl.

Bett

Pat. Matratze
zu verkaufen.

Aug. Schriever,
Bornberg b. Grünbaum

la. Zigarren
Zigaretten

Rauch- u. Kau-

Tabak

Wiedervert. f. Fabrikpreise

Fr. Herm. Bohmer,
Schalksmühle.

Die Heberollen

über die Beiträge zur Handwerkskammer
für das Rechnungsjahr 1924 liegen vom 19. d. M.
ab 14 Tage lang zur Einsicht der Beteiligten
auf und zwar die Liste der Gemeinde Halver im
Amtshause hier, Zimmer Nr. 9, die der Gemeinde
Schalksmühle in der Geschäftsstelle des Amtes
Halver in Schalksmühle.

Halver, den 17. März 1925.

Der Amtmann.

Wir suchen für unsere Wein- und Feinkost-
großhandlung einen gut empfohlenen Herrn mit
genügenden Fachkenntnissen als

Vertreter

für das Volme- u. Ennepegebiet. In den in
Frage kommenden Kreisen gut eingeführte Herren
beleben ausführliche Angebote unter B. 150
an die Expedition des Allgem. Anzeigers Halver

TAPETEN

die neuesten Muster!

Große Auswahl! Billige Preise!

Prima Bernstein-Fußbodenlack

in Büchsen über Nacht trocknend.

Ofenrohrlack in Büchsen, Milchflaschen-
lack, Bohnerwachs, Pinsel, Bleiweiß,
Leinöl, Gips, Kreide, usw. usw.
empfiehlt

Walter Barking,
Halver, Frankfurterstr. 41

Butterbrotpapier

empfiehlt

Wilt. Bell jr., Halver i. W.

Wolle

in allen Qualitäten und Farben in grossen Mengen
wieder eingetroffen.

Sportwolle . . . 100 gr. 2,90, 2,20, **1,60**

Shawlvolle . . . 50 gr. 1,30, **1,15**

Stickwolle . . 20 gr. -.65, 5 gr. -.20

Fantasiewollgarne i. all. Farben u. Stärken

Wollmodelle

Shawls, Capes, Kissen,

Schlummerrollen,

Kaffee- und Teewärmer

zum Nacharbeiten sind in grosser Anzahl
hereingekommen.

Max Witte,

Lüdenscheld.

Motorräder

Zündapp, — Ardio,
B. M. W.

verkauft bei sehr günstigen

— Zahlungsbedingungen —

Alb. Linnepe, Halver.

Telefon 192.

Für Landwirte!

Fertige
Tragetücher

Stück 2,50

empfiehlt

Aug. Vollmerhaus,

Kierspe-Byf.

Hagener Brotfabrik.

Verkaufsstellen in Halver:
Bornesfeld, Berlinerstr.

Brocksieper,
Theilmann.

Wir empfehlen als be-
sonders billig folgende
Brotsorten:

Schwarzbrot, gut schneidbar

volle 3 Pfd. Mk. 0,56

Baderbrot- und Eleganter

Brot, 2½ Pfd. Mk. 0,55

Weißgemahlen Brot

2½ Pfd. . . Mk. 0,55

**Wohn- u.
Geschäfts-
haus** besonders ge-
eignet f. Bäcker usw.

i. nächster Nähe v. Halver

unter günstigen Be-
dingungen mit 2-3000

Mk. Anzahlung, Rest-

summe 10 Jahre un-

kündbar zu günstigen

Zinssätzen, zu ver-

kaufen. Eine Woh-

nung wird sofort frei

Angebote unter Nr.

590 an die Geschäfts-

b. Allg. Anz. Halver.

Tapeten

die neuesten Muster

zu billigsten Preisen

sind vorrätig bei

W. Bordfeld,

Schalksmühle.

Schüleraufnahme.

Die Aufnahme der
diesjährigen Lern-
anfänger findet am
Mittwoch, den 1. April
1925, vormittags um
8 Uhr statt.

Halver, 16. März 1925.

Der Amtmann.

Wegen Verheiratung

des gegenwärtigen Wirk-

für sofort ein gutes

Mädchen

nach Lüdenscheid

g e s u c h t.

Meldungen an

Hans zur Fuhr, Halver.

Mädchen

für den ganzen Tag

gesucht.

Frau Oberbahnmeister

Hennig

Schalksmühle i. W.

Worthstr. 18 I.

Suche sofort oder später

für meinen Haushalt

ein zweites, tüchtiges

Mädchen

Frau Apotheker Tilenius,

Halver.

Hochtragende

Ruh

4 Male kalbend, günstig zu

verkaufen.

Noelle,

Bogelberg b. Lüdenscheid.